



Vierteljähriger Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr. außerhalb incl.
Porto 2 Thlr. 11 $\frac{1}{4}$ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer
fünfseitigen Seite in Petitformat 1 $\frac{1}{4}$ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 152. Mittag-Ausgabe.

Vierundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dienstag, den 31. März 1863.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 30. März. Abends. Die General-Correspondenz dementirt die angebliche wiener Nachricht der „Köln. Ztg.“ betreffs der Unabhängigkeit Polens, und bemerkt, was die „Köln. Ztg.“ bezüglich einer angeblichen Mission Metternich's angedeutet, sei ganz ungerechtfertigte Conjectur. (Wolff's T. B.)

Paris, 30. März. Die „Nation“ versichert, daß die polnische Frage jetzt in die diplomatische Phase eingetreten sei, daß Frankreich und England sich über das zu erreichende Ziel verständigt hätten, und daß Österreich wahrscheinlich denselben Weg beschreiten werde.

Preußen.

Berlin, 30. März. [Amtliches.] Se. M. der König haben allerhöchst geruht: Dem Marstall-Vorsteher, Stallmeister Heinrich Schwarzecker bei dem sächsischen Landgestüt zu Repitz, und dem evangelischen Pfarrer Schreiner zu Lasdahnen, im Kreise Pillkallen, den rothen Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife, dem Domherrn, Prof. Dr. Richter zu Posen, den rothen Adler 3. Klasse, dem Geßtütz-Inspektor Chr. Nodloff bei dem posenschen Landgestüt zu Zirke, und dem Stadt-Secretär, Hauptmann a. D. Rosenfeld zu Posen, den rothen Adler-Orden 4. Klasse, dem Vice-Consul Heyn zu Belfast den königlichen Kronen-Orden 4. Klasse, so wie dem Förster Busse zu Hüttmühle im zweiten Jerichowschen Kreise, dem Salmagassin-Wärter Gertitschky zu Swinemünde und dem Kohlennießer Thiemann zu Weizstein im Kreise Waldenburg, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; an Stelle des verstorbenen General-Consuls B. Hebele in London den dortigen Kaufmann B. R. Hebele zum General-Consul dasselbst zu ernennen, so wie den seitherigen Kreisrichter Otto Keller zu Hamm, der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Duisburg getroffenen Wahl gemäß, als Bürgermeister der Stadtbürgermeisterei Duisburg für eine Amtszeit von 12 Jahren zu bestätigen; und dem Hutmachermeister Theodor Müller hier selbst das Prädikat eines königlichen Hof-Hutmachers; desgleichen dem Kaufmann und Spediteur Johann August Fischer hier selbst das Prädikat eines königlichen Hof-Spediteurs zu verleihen.

Um den Damen des Luisen-Ordens, welche diesen Orden für ihre patriotische Hingabe und Leistungen in den Kriegsjahren von 1813 bis 1815 erhielten, eine erneute Anerkennung ihrer Aufopferung zu Theil werden zu lassen, und um ihnen ein Andenken an den heutigen Gedächtnistag, der im ganzen Vaterlande gefeiert wird, zu ertheilen, verleihe Ich denselben hier durch die von Mir gestiftete Erinnerungs-Kriegs-Denkmalung des 17. März 1863, um dieselbe am Bande des Luisen-Ordens, verbunden mit dessen Ordenskreuz, zu tragen. Wegen Ausführung dieser Meiner Bestimmung ist das Notizige von Mir an die General-Ordens-Commission versetzt.

Berlin, den 17. März 1863.

Wilhelm. v. Bismarck.

Dem Maschinen-Fabrikanten Albert Voigt in Kändler bei Limbach ist unter dem 27. März 1863 ein Patent auf eine Stichmaschine, sowie dieselbe nach den vorgelegten Zeichnungen nebst Beschreibung für neu und eigenständlich erachtet worden ist, ohne Jemand in der Anwendung belauerten Theile zu befränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umgang des preußischen Staates ertheilt worden.

Der bisherige Buchhalter der General-Staatsklasse, Lohff, ist zum Renten-danten der General-Lotteriesässer ernannt worden.

Berlin, 30. März. Se. Maj. der König haben allerhöchst geruht: Dem Geh. Ober-Regierungs-Rath Dr. Wiese, vortragenden Rath im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, zur Anlegung des von den Herzögen zu Sachsen-Altenburg und Sachsen-Coburg-Gotha Hohenstein ihm verliehenen Komthurkreuzes zweiter Klasse des herzogl. sachsen-ernestinischen Hausesordens, so wie dem Dr. Heinrich Brugisch zu Berlin, Direktorial-Assistenten bei der ägyptischen Abtheilung der Museen, zur Anlegung des von den Kaisers von Österreich Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes des Franz-Josephs-Ordens, die Eulaubnis zu ertheilen.

[Se. Majestät der König] besichtigten heute bei Spaadau die Bataillone des 4. Garde-Regiments z. F. und nahmen nach der Rückkehr hier die Vorträge des Staatsministers Grafen zu Eulenburg, des Wirklichen Geheimen Rathes Geheimen Kabinettsraths Illaire und des Wirklichen Rathes Ober-Regierungsraths Costenoble entgegen. (St.-A.)

K. C. Berlin, 30. März. [Interpellation.] Der Abg. v. Sybel hat folgende, von Mitgliedern der beiden großen liberalen Fraktionen zahlreich unterstützte, Interpellation eingebracht, die wahrscheinlich morgen mit zur Verhandlung kommt: „Der Unterzeichnete stellt an die königl. Staats-Regierung die Frage: 1) Wie viele Ausgaben sind bis jetzt dem Staate durch die Truppenaufstellungen an den polnischen Grenzen erwachsen? 2) Aus welchen Fonds sind diese Ausgaben bestritten und warum ist bis jetzt darüber der Landesvertretung keine Vorlage gemacht worden? — Motive. Die erhöhte Bedeutung, welche diese Truppenaufstellungen durch die Convention von 8. Februar z. F. und die in Folge derselben eingetretene Gefährdung der europäischen Lage Preußens gewonnen haben.“

[In der heutigen Sitzung der Militärcommission] waren wiederum nur die Commissarien des Kriegs- und Marineministeriums anwesend. Die Debatte über § 8 wurde fortgesetzt. Derselbe lautet: „Die Landwehr ersten Aufgebots ist bei entstehendem Kriege zur Unterstützung des stehenden Heeres bestimmt; sie dient gleich diesem im In- und Auslande; im Frieden ist sie dagegen, die zur Bildung und Uebung nötige Zeit ausgenommen, in ihre Heimat entlassen. Sie wird ausgewählt: a) aus den nicht im stehenden Heere dienenden Männern derjenigen Altersklassen, welche diesem zugewiesen sind (§ 6, § 1 des Gesetzes); b) aus den aus dem stehenden Heere entlassenen Mannschaften.“ Für die letzteren erfolgt der Eintritt in die Landwehr ersten Aufgebots mit dem Austritt aus dem stehenden Heere. Ihre Verpflichtung zum Dienst in der Landwehr ersten Aufgebots dauert 5 Jahre, worauf des Gelebtes in die Landwehr zweiten Aufgebots erfolgt. Eine im Wege des Gelebtes zu erlassende Landwehrordnung regelt die Uebungen der Landwehr in den einzelnen Waffengattungen und die Verpflichtungen der sub a angeführten Mannschaften. Bis zum Erlass dieser Landwehrordnung finden für die Mannschaften sub b alljährlich einmal Uebungen bis zur Dauer von höchstens vier Wochen, mit Abschluß der für den Hin- und Rückmarsch zum Uebungsorte erforderlichen Zeit statt, und kann jeder Wehrmann während seiner Dienstzeit in diesem Aufgebote zweimal zu diesen Uebungen herangezogen werden.“

Der Oberst v. Böse wiederholte nochmals, die Regierung halte an der dreijährigen Dienstzeit fest; eine Verständigung über diese Frage sei nicht möglich. Auch den Entschluß der Regierung, auf das Institut der Landwehr-Militärs nicht einzugehen, wiederholte der Reg.-Commissar. — Bei der Abstimmung wurde der § (unter Annahme zweier Amendements von Staven-hagen) dahin angenommen, daß die Dauer der Zeit des ersten Aufgebots sechs-jährig, vom 26. bis zum vollendeten 31. Lebensjahr, sein soll, und daß für die gedienten Landwehrleute auch die bisherigen Schießübungen in kleineren Abteilungen in der Heimat beibehalten werden sollen. Das Amende-ment Sybel, bis zum Erlah der Landwehr-Ordnung jährlich 20,000 Landwehr-Militärs in 3 Monaten einzuercreire, wurde abgelehnt.

Unverändert wurden dann ohne bemerkenswerthe Discussion angenommen die §§ 9 bis 15; dieselben lauten:

§ 9. Die Landwehr des zweiten Aufgebots ist im Kriege entweder bestimmt, die Garnisonen durch einzelne Theile zu verstärken, oder sie wird nach dem augenblicklichen Bedürfniß auch im Ganzen zu Besatzungen und Verstärkungen des Heeres gebraucht. Sie wird aus allen Männern, die sowohl aus dem stehenden Heere, als aus der Landwehr des 1. Aufgebots

heraustrreten, ausgewählt. Die Verpflichtung zum Dienste in derselben dauert 4 Jahre. Uebungen in derselben finden im Frieden nicht statt.

§ 10. Um im Allgemeinen wissenschaftliche und gewerbliche Ausbildung so wenig wie möglich zu stören, ist es jedem jungen Manne überlassen, nach vollendetem 17. Lebensjahr, wenn er die nötige körperliche Stärke hat, zum Kriegsdienste sich zu melden, wodurch er dann, je nach erfolgtem Eintritt, um eben so viele Jahre früher aus den verschiedenen Verpflichtungen befreit wird. Wer ohne sein Verschulden erst nach dem 20. Lebensjahr einen Auftrag erhält, tritt zwar erst nach Maßgabe seines Dienstalters zur Landwehr über, scheidet jedoch mit seinem vollendeten 30. Lebensjahr aus dem Dienst-Ausgebot. Dagegen gehört derjenige, welcher durch sein Verschulden oder auf seinen Antrag erst nach dem 20. Lebensjahr eingetreten, um eben so viel länger auch dem stehenden Heere und dem 1. Aufgebot der Landwehr an, als weitere Eintritt nach dem zwanzigsten Lebensjahr stattgefunden hat. Eine weitere Verpflichtung für das 2. Ausgebot (über das vollendete 34. Lebensjahr hinaus) folgt hieraus jedoch nicht.

§ 11. Die in die Heimat entlassenen Reserven und Wehrleute sind in der Wahl ihres Aufenthaltsortes im In- und Auslande nicht beschränkt, müssen jedoch die befuß der Kontrolle dieses Aufenthaltsortes gegebenen Vorrichten beobachten. In Bezug auf die Auswanderung der Reserven sollen künftig lediglich gesetzlich bestimmungen maßgebend sein, welche für die Auswanderungen von Landwehrmännern gelten und werden daher alle dem entgegenstehenden gesetzlichen Vorschriften hiermit aufgehoben. Der ohne Auswanderungs-Consens in Auslande genommene Aufenthaltsort bindet keinen Beurlaubten von der Verpflichtung, sich im Kriegssalle so schlußig als möglich zum Dienst zu stellen. Um den Bestand von Ausgebildeten der verschiedenen Dienstfunktionen in den Bezirken festzuhalten und zur Verbindung militärischer Anordnungen finden alljährlich für die Mannschaften der Reserve und der Landwehr 1. Aufgebots zwei Controllerversammlungen, für die Landwehrmannschaften 2. Aufgebots findet nur eine solche statt. Die in die Heimat entlassenen Reserven und Landwehrleute sind mit Ausnahme der Tbl. 2, § 6, Nr. 1—5 des Militärstrafgesetzbuches aufgeführten Fälle in Strafsachen den Civilgerichten unterworfen. Die Ausübung der ihnen zustehenden staatsbürglerlichen Rechte darf ihnen nicht durch Befehle militärischer Vorgesetzten unterlagt oder gesperrt werden. In die Heimat entlassene Reserven bedürfen zur Verheirathung nicht des Consenses der militärischen Vorgesetzten.

§ 12. Der Landsturm tritt nur in dem Augenblick, wenn ein feindlicher Anfall die Provinzen überzieht, auf Befehl des Königs zusammen, im Frieden ist es einer besonderen Bestimmung unterworfen, wie er von der Regierung zur Unterstützung der öffentlichen Ordnung in einzelnen Fällen gebraucht werden kann; er besteht aus allen Männern a) bis zum 50. Jahre, die nicht in die stehende Heere und in die Landwehr eingeholt sind, b) aus allen Männern, die aus der Landwehr herausgetreten sind, c) aus allen rüstigen Jünglingen vom 17. Jahre an.

§ 13. Der Landsturm sieht sich ein: a) in die Bürgercompagnien in den großen Städten; b) in die Landcompagnien, welche nach Maßgabe der inneren Kreiseinteilung, in den mittleren, kleinen Städten und auf dem plattengesetzten ergänzt.

§ 14. Die in diesem Gesetze erlassenen Bestimmungen über die Dauer der Dienstverpflichtung innerhalb der einzelnen Abtheilungen des Heeres gelten nur für den Frieden. Im Kriege finden für die Einberufenen Überführungen von den Jüngeren in die älteren Heeresabtheilungen nicht statt, und werden die einberufenen Heeresabtheilungen nach dem, durch den Kriegsverlust entstandenen Bedürfnisse von den Zurückgebliebenen und Heranwachsenden ergänzt.

§ 15. Diejenigen, welche freiwillig in das stehende Heer treten, erhalten dafür die Begünstigung, sich die Waffengattung und das Regiment zu wählen; dagegen die, welche von dazu vorordneten Behörden zum Kriegsdienste aufgerufen sind, durch das Kriegsministerium vertheilt werden.

Bei § 16: „Wer im stehenden Heere nach Ablauf seiner Präsenzzeit länger fortdienen will, verpflichtet sich dazu auf bestimmte Zeit und bekommt dafür eine äußere Auszeichnung und eine Soldzulage; letztere wird nach Beihilfe der übernommenen Verpflichtung normirt. Nach zwölflähriger Dienstzeit kann ihm eine Versorgung, wenn er zum weiteren Dienst unfähig geworden, zugesagt werden.“ wurde die Streichung des letzten Satzes beantragt, derselbe jedoch schließlich in folgender Fassung angenommen: „Die Ansprüche der Dienstunfähig gewordener und der nach zwölflähriger Dienstzeit als Unteroffizier Ausschiedenen auf Versorgung werden durch besondere Gesetze bestimmt.“ — § 17. „Diejenigen, die nach der gesetzlich zurücksgelegten Dienstzeit im ersten oder zweiten Aufgebot der Landwehr aus einem Antrieb länger fortdienen wollen, erhalten ebenfalls eine äußere Auszeichnung und die Ansprüche auf die ihren Fähigkeiten angemessenen Bedürfnisse in ihren Regimentern“, wurde ohne Diskussion unverändert angenommen. — § 18. „Um diese verschiedenen Eintheilungen der waffenstarken Mannschaft mit Ordnung und Gerechtigkeit zu leiten, soll in einem jeden Kreise eine Behörde gebildet werden, die aus dem Landrat, einem Oftizier und ländlichen und städtischen Gutsbesitzern besteht“ wurde in folgender Fassung angenommen „soll in einem jeden Kreise nach den Bestimmungen des zu erlassenden Recruitierungsgesetzes eine Behörde gebildet werden.“ Die Schlusshörte fallen also weg.

Damit sind die Vorkenbedürftheit-Anträge sämlich erledigt, und es bleibt nur noch die auf die Marine bezüglichen §§ der Militärnovelle zu berathen. Referent für dieselben ist Abg. Behrend. Die nächste Sitzung der Commission ist erst nach Ostern.

Für morgen angekündigte Mittheilungen der Staatsregierung an das haus der Regierenden sollen, wie es heißt, handelspolitisches Inhalts sein, um nach einem auf einen Handelsvertrag mit Belgien, nach andern auf die Elbölle sich beziehen. Doch sind diese Erwartungen nicht zu verbürgen. Daß die Mittheilungen nicht eigentlich politischen Inhalts sein, also namentlich nicht eine Vertagung oder dergleichen betreffen werden, glaubt man mit Sicherheit annehmen zu können, da im Herrenhaus keine Sitzung anberaumt ist.

[Die Convention.] Nach der „B.- u. H.-Z.“ wird morgen in Abgeordnetenkreisen die Vorlegung der vollständigen Convention, welche Preußen mit Russland geschlossen hat, erwartet. Es soll gleichzeitig mit der Convention bereits ein Separatarikel vereinbart werden, der den Hauptvertrag für den Fall, daß aus dessen Ausführung internationale Schwierigkeiten erwachsen sollten, annulirt.

[Demonstration.] Das königliche Schauspielhaus war, wie der „Volks-Ztg.“ mitgetheilt wird, bei der gestrigen Aufführung des „Geheimen Agenten“ Zeuge einer in diesen Räumen seltenen Demonstration. Als der Fürst zu seiner Mutter etwa die Worte spricht: „Billigen Sie es, daß ich meinen alten Minister entlasse und mich mit frischen jungen Kräften umgebe, die ein warmes Herz für mich und mein Volk haben“, — brach ein donnernder Beifall aus, der immer und immer sich erneuerte und die Handlung auf der Bühne mehrere Minuten lang unterbrach. — Se. Majestät der König und Se. Königl. Hoheit der Kronprinz nebst Gemahlin wohnten der Vorstellung bei.

[Freisprechung.] Der Redacteur der „Berliner Allgemeinen Zeitung“, Dr. J. Schmidt, war der Schmähung obrigkeitlicher Anordnungen angeklagt, der er sich durch Mittheilung einer Rede des Abg. Dr. Frenzel im 2. Wahlbezirk über die Militär-Organisation schuldig gemacht haben sollte. Abg. Frenzel hatte die Organisation als „faul“ bezeichnet. In erster Instanz erfolgte die Freisprechung des Angeklagten und auf die Appellation des Staatsanwalts hat das Kammergericht heut das erhebliche Erkenntniß bestätigt, indem es aussöhnte, daß objectiv der Inhalt der Rede strafbar sei, daß aber aus den einleitenden Worten der Mittheilung die subjective Absicht und Schulde des Dr. J. Schmidt nicht gefolgt werden könne.

[Tilsit, 28. März. Grenzsperrre.] Seit zwei Tagen ist, wie die „Ostl.-Ztg.“ meldet, russischerseits die Ertheilung von (dreitägigen) Grenztheinen verboten, was ziemlich gleichbedeutend mit einer vollständigen Grenzsperrre ist, da die Erlangung eines Gouvernement-

Passes nicht allein sehr umständlich ist, sondern auch 5 Rubel kostet, und ein solcher Paß auch nur denen ertheilt wird, welche Waaren nach Preußen führen. Man sagt, die russische Regierung glaube durch diese Maßregel dem Einschwärzen von Waffen und Munitions-Material vorzubeugen; nach Andern gilt sie der leichteren Überwachung des Personenverkehrs. Wie dem auch sei, es wird damit der letzte Schlag gegen den diesseitigen Grenzhandel geführt und diese Thatzache verdient die Aufmerksamkeit an höchster Stelle, um schleunig auf Wiederherstellung des Verkehrs hinzuwirken, dessen Hemmung vielleicht in den polnischen Districten, nicht aber auf den russischen Zollstraßen gerechtfertigt erscheint.

Tilsit, 28. März. [Störung des Postverkehrs.] Von dem ersten tauzogger Speditionshause geht heute die Nachricht ein, daß die dortige Post-Direction laut zwei aufeinander gefolgten Befehlen keine Werthstücke befördern, nach dem letzteren auch nicht einmal zur Beförderung annehmen darf, woraus gefolgt wird, daß die Poststraße nach Riga nicht ganz sicher geblieben. Postwaaren-Sendungen müßten also einstweilen auf Risticco der Absender in der Tamoschna — dem russischen Zollgebäude — lagern bleiben.

Oesterreich.

Über die Gefangenennahme des Langiewicz erhält die „Presse“ folgenden wahren und ganz genauen Bericht aus Tarnow: „Am 19. März wurde schon früh Morgens von Uscie Zajnickie aus eine ungewöhnliche Bewegung am linken Weichselufer bei Opatsch eine ungewöhnliche Bewegung am linken Weichselufer bei Opatsch wahrgenommen. Zahlreiche Insurgenten-Schaaren erschienen daselbst und suchten das diesseitige Ufer zu gewinnen. Zwischen 4 und 5 Uhr Nachmittags bemerkte man besser gekleidete und unverkennbar sehr gut berittene Individuen, welche, nachdem sie abgesessen waren, in die von Uscie auf das jenseitige Ufer zur Aufnahme der Flüchtlinge dirigirten Kahn und Fähren sich begaben. Das erregte die besondere Aufmerksamkeit des mit der Leitung der Grenzwachungs-Maßregeln betrauten k. politischen und tarnower Kreiscommissärs Bäbler.

Derselbe verfügte sich unverzüglich auf den diesseitigen Landungsplatz, und erwartete die Ankunft der Fähren und Kahn. Aus einem der letzteren stieg ein wohlgekleideter kleiner Mann von ungefähr 36 bis 40 Jahren, mit einer eleganten schwarzen Samt mit grauem Pelz verbrämten Confedera. Mit ihm stieg zu gleicher Zeit eine jugendliche Männergestalt, beinahe gleich gekleidet, aus, deren Aussehen und Formen jedoch alles andere eher errathen ließen, als einen rauhen Sohn des Krieges. Zu diesen trat Kreiscommissär Bäbler, und forderte ihre Pässe ab. Der ältere zog ein zusammengefaltetes Papier hervor, und überreichte selbes dem genannten Commissär. Bei der Entfaltung zeigte es sich, daß es ein von der schwedischen Gesandtschaft in Paris auf den Namen Alexander Waligorsk und seinen Sohn Bädislaus ausgesetztes Reisedokument sei. Der zarte jugendliche Begleiter und der Umstand, daß in dem entfalteten Paß ein Päckchen ganz neuer Papierrubel vorgesehen wurde, welche über Befragungen von Seite des Commissärs, was das bedeutet, von dem Paßinhaber mit der Entschuldigung zurückgenommen wurden, daß er sie aus Versehen in den Paß gelegt habe, bekräftigte bei dem politischen Commissär den bereits stark rege gewordenen Verdacht, daß dies nicht Waligorsk, sondern eine andere wichtige Persönlichkeit sein müsse.

Bon nun an wurde der angebliche Waligorsk und Begleiter nicht mehr aus den Augen gelassen. Kreiscommissär Bäbler führte ihn selbst zum Grenzollamts-Gebäude, und wies ihn wegen Bidirung des Pases in die blos mit einem Ausgang versehene Kanzlei, während er selbst im Vorderhause von einigen jugendlichen Aufständischen aus den dem Außen nach untenen Schäften im geeigneten Wege Erkundigungen einzog, ob sie Langiewicz kennen und ob er in Uscie anwesend sei. Auf deren Bejahung schickte er den einen dieser ganz einfachen Insurgenten in die Amtskanzlei, um zu sehen, ob Langiewicz sich daselbst befindet. Nach einigen Minuten kam er zurück, und bejahte es, und fügte auf weiteres Befragen des Kreiscommissärs, wie er aussiehe, hinzu: Er ist klein, brünett, hat einen schwarzen Bart und trägt Augengläser.

Gleich darauf trat Waligorsk, eigentlich Langiewicz, sammt Begleiter mit dem bereits vidirten Reisepaße aus der Amtskanzlei, und entfernte sich einige Schritte vom Amtsgebäude, um megzufahren.

